

7. Ein Nachhaltigkeits-Controlling ist zwingend erforderlich, um Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit beurteilen zu können. Als Instrument stehen hierfür Nachhaltigkeitsindikatoren zur Verfügung, deren Ergebnisse in regelmäßigen Abständen im Rahmen von Nachhaltigkeitsberichten für die Öffentlichkeit publiziert werden sollten. Nachhaltigkeitsindikatoren setzen Leitbilder, Qualitätsziele und quantifizierbare Ziele der einzelnen Referate der Verwaltung voraus. Durch eine Teilnahme an Nachhaltigkeitswettbewerben können Motivation aufgebaut und Evaluationen der Kommune durchgeführt werden. Das Controlling muss auch dazu dienen, Hemmnisse Lokaler Agenda 21 Prozesse zu analysieren.
8. Die Kommunen sollten prioritäre Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung festlegen. Die größtmöglichen Effekte für eine zukunftsfähige Entwicklung und die kommunalen Handlungsmöglichkeiten sollten die Grundlage für die Entscheidung bilden. Damit können Kapazitäten gebündelt und die Erfolgsaussichten gesteigert werden.
9. Kommunen sollten sich an Nachhaltigkeitsbemühungen ihrer Region (Umland größerer Städte, Landkreis, Partnerstädte) beteiligen und eine Vernetzung in einzelnen Handlungsfeldern anstreben. Agenda 21-Kooperationen mit Städten der 'Einen Welt' (im Süden, im Osten, im Regenwald) zeigen globales Denken.
10. Ein Bewusstsein für günstige Rahmenbedingungen und konkreten Unterstützungsbedarf für nachhaltige Programme der Kommunen durch die Landes- und Bundesregierung sollten für die wesentlichen Handlungsfelder entwickelt und verdeutlicht werden. Z.B. sind die Nachhaltigkeitswirkungen des Finanzsystems zu überprüfen. Die Zielsetzungen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sind durch die Lokale Agenda 21-Prozesse zu nutzen. Diese können wertvolle Hilfestellungen für die Umsetzung der Strategien auf lokaler Ebene liefern.

Verabschiedet am 13.04.02 von den Teilnehmer/innen der Tagung "Zukunftsfähige Kommunen durch Lokale Agenda 21" in Berlin



“Kommunale Rio + 10 - Erklärung von Berlin“

*Deutsche Städte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit
Erkenntnisse und Empfehlungen zur Lokalen Agenda 21 in Deutschland*



Präambel

Zehn Jahre nach dem Erdgipfel der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro weisen zahlreiche Studien auf den immer noch kritischen Zustand und auf existenzgefährdende Trends in wichtigen ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereichen unseres Planeten hin. Die Notwendigkeit zu überlegtem und zügigem Handeln ist größer denn je. Zugleich gibt es neben dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung und seinen Prinzipien keinen in vergleichbarer Weise erfolgversprechenden Ansatz zur Lösung der Probleme und Herausforderungen.

Auf der lokalen Ebene müssen sich immer mehr Kommunen ihrer Zukunftsverantwortung in globaler Hinsicht bewusst werden, ihre Aktivitäten und Politiken anhand von Nachhaltigkeitsprinzipien überprüfen und Aktionspläne für lokale Nachhaltigkeit aufstellen.

Der bestehende Handlungsdruck fordert eine umgehende und kritische Bestandsaufnahme für die kommunalen Aktivitäten in Deutschland. Das Lokale Agenda 21 Netzwerk Deutschland (LAND) legt daher auf der Basis der Erfahrungen mehrerer deutscher Städte, der Auswertung diverser Studien und einer Diskussion anlässlich der Tagung "Zukunftsfähige Kommunen durch Lokale Agenda 21" am 12. und 13.04.02 in Berlin die folgenden Erkenntnisse und die daraus abgeleitete Empfehlungen vor. Wir übergeben diese „Kommunale Rio+10 Erklärung von Berlin“ der Öffentlichkeit, den Kommunen, kommunalen Spitzenverbänden, Nichtregierungsorganisationen, Agenda-Transferstellen und Bundesinstitutionen und betrachten sie gleichzeitig als Beitrag zum bevorstehenden Weltgipfel über Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg.

1. Erkenntnisse zur Situation der Lokalen Agenda 21 in Deutschland

Erkenntnis 1: Die Lokale Agenda 21 hat in über 2000 deutschen Kommunen Prozesse und Projekte ausgelöst und sichtbare Ergebnisse für eine nachhaltige Entwicklung erzielt. Aber auch 10 Jahre nach dem Weltgipfel in Rio sind höchstens 16% der ca. 14200 deutschen Kommunen aktiv mit Nachhaltigkeitsüberlegungen im Sinne der Agenda 21 befasst. Selbst in diesen Kommunen ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung informiert und einbezogen und die lokale Zukunftsfähigkeit in der Kommunalpolitik nur selten von zentraler Bedeutung.

Erkenntnis 2: In den Kommunen mit Lokalen Agenda 21-Beschlüssen haben sich innovative Ansätze in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt. Dennoch wurden gute Ideen oftmals nicht realisiert, Aktivitäten blieben isoliert, und es mangelt vielfach an einem effizienten methodischen Vorgehen.

Erkenntnis 3: In vielen Kommunen mit Lokaler Agenda 21 ist derzeit ein Rückzug der engagierten bürgerschaftlichen Akteure zu beobachten. Der Schwung, der die Agenda-Initiativen in den vergangenen Jahren getragen hat, scheint zu "verpuffen", gewisse Erschöpfungserscheinungen und Ratlosigkeit treten auf, Arbeitskreise lösen sich auf und dokumentierte Aktionsprogramme und Praxiserfolge bleiben Mangelware.

Erkenntnis 4: Die Hemmnisse bisheriger Lokaler Agenda 21-Prozesse sind in den einzelnen Kommunen unterschiedlich. Sie sind bisher nicht ausreichend überprüft und analysiert worden. Oftmals mündeten sie nicht in entsprechende Lösungsstrategien.

Erkenntnis 5: Es ist festzustellen, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Bundesländer ihre Maßnahmen zu einer Förderung des Agenda 21-Gedankens bisher nur unzureichend entwickelt und umgesetzt haben. Inzwischen gibt es Ansatzmöglichkeiten auf der nationalen Ebene - nunmehr 10 Jahre nach dem Rio-Gipfel - durch den ersten Entwurf einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Erkenntnis 6: Es existiert derzeit kein zusammenfassender Jahresbericht oder eine kritische Bilanz der Bundesregierung und der Bundesländer zu den tatsächlichen Fortschritten und Rückschritten auf wesentlichen Gebieten einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene. Wissenschaftliche Gutachten oder umfangreiche Gesamtberichte dienen oftmals nicht der Entscheidungsfindung in den Stadt- und Gemeinderäten.

Erkenntnis 7: Nachhaltige Entwicklung wird von den Spitzen der Kommunen nicht als aktive Gestaltungsaufgabe gesehen. Entscheidungen werden nicht an Nachhaltigkeitskriterien orientiert, da sie entweder fehlen oder politisch nicht integriert sind.

2. Empfehlungen für zukunftsfähige Kommunen

Aus den Erkenntnissen zum Stand der Lokalen Agenda 21 in deutschen Städten leiten wir folgende Handlungsempfehlungen ab:

1. Die nachhaltige Entwicklung der Kommune muss in das Zentrum kommunaler Politik und Öffentlichkeit gerückt werden. Grundlage ist der Dialog und das Zusammenwirken möglichst vieler lokaler Akteure. Neben dem Ratsbeschluss, eine Lokale Agenda 21 zu erstellen, ist politische Relevanz nur zu erreichen, wenn eine konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen erfolgt und diese gemeinsam ein kommunales Aktionsprogramm mit Projektideen erarbeiten und mit der Politik umsetzen. Lokale Agenda 21-Akteure sollen einen intensiveren und kontinuierlichen Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern der Kommune führen.
2. Nachhaltigkeit und Lokale Agenda 21 dürfen keine Nische sein, sondern sollten netzwerkartig in relevanten Institutionen und anderen lokalen Politikprozessen verankert werden. Eine thematische Integration (Verknüpfung von Wirtschaft, Umwelt, Soziales, globale Verantwortung) innerhalb der Kommune ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg. Als Querschnittsaufgabe soll „Gender-Mainstreaming“ in alle Ziel- und Handlungsbereiche nachweisbar einbezogen werden.
3. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement können durch die systematische Einbindung von relevanten Nichtregierungsorganisationen, Vereinen und Verbänden, Institutionen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse erreicht werden. Dabei ist zwischen Verbandsbeteiligung und Bürgerbeteiligung zu unterscheiden. Um neue Formen der Bürgerbeteiligung sicherzustellen, ist eine rechtliche Verankerung derselben (in Kommunalversammlungen, Satzungen u.a.m.) unabdingbar. Bürgerbeteiligung sollte geweckt und immer wieder erneuert werden; Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit gegeben werden, sich in Lokale Agenda-Projekten zu engagieren und mittels geeigneter Beteiligungsverfahren an zentralen politischen Entscheidungen teilzuhaben. Die Ergebnisse der Bürger/-innenbeteiligung müssen glaubwürdig und mit einem hohen Grad der Verbindlichkeit in den politischen Entscheidungsprozeß (Parlamente, Verwaltung etc.) einfließen (siehe Kapitel 28 der Agenda 21).
4. Nachhaltige Entwicklung muss als langfristiger Prozess erkannt und entsprechend in die kommunalen Institutionen, aber auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen personell und strukturell/organisatorisch eingebaut werden. Zur effizienten Aufrechterhal-

tung sind hauptamtlich Beschäftigte, bzw. ein Agenda-Büro zur Koordination und zum Vernetzungsmanagement erforderlich. Wichtige Treffen, wie z.B. Runde Tische, müssen immer mit professioneller Moderation durchgeführt und entsprechender Dokumentation abgeschlossen werden. Für die ersten Jahre sollte die Kommune für eine lebensfähige Struktur, die grundsätzliche Finanzierung des Konsultationsprozesses sowie die Dokumentation der Ergebnisse sorgen. Aufgrund der angespannten Finanzsituation der Kommunen wird empfohlen, zusätzlich neue Wege der Finanzierung zu suchen (z.B. Bürgerstiftungen). Eine Finanzierung von Leitprojekten, die Ecksteine für zunehmende Nachhaltigkeit sein sollen, wird empfohlen. Als sehr förderlich erweist sich die aktive Unterstützung durch kommunale Spitzenvertreter/-innen.

5. Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, der gesamten Bevölkerung in verständlicher Weise die Notwendigkeiten und Themen einer nachhaltigen Entwicklung zu vermitteln, dazu zählen Kampagnen, Veranstaltungen und Projekte für zukunftsfähige Lebensstile und zur Veränderung von Konsummustern. Alle Institutionen zukunftsfähiger Kommunen sollten sich als lernende Organisationen begreifen, die sich beständig weiterentwickeln. Bildung ist zunehmend als Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung mit ganzheitlichem Ansatz zu begreifen. Gestaltungskompetenz und Inhalte der Nachhaltigkeit sollten wesentliche Elemente aller Bildungsprozesse sein.

6. Die attraktive, schlüssige und verständliche Aufklärung über die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung und der Lokalen Agenda 21 ist durch professionelle Öffentlichkeitsarbeit und Internetauftritte stets aktuell zu begleiten. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte auf Zielgruppen ausgerichtet werden, für diese verständlich und alltagsbezogen sein sowie visuelle und emotionale Aspekte einbeziehen. Sinnvoll wäre die Bereitstellung von landes- oder bundesweiten PR-Materialien für Kommunen, an deren Erstellung lokale Akteure beteiligt werden. Um Erfolge sichtbar zu machen, sollte über erfolgreiche Vorzeigeprojekte, sogenannte "Gute Beispiele" berichtet werden. Ziele, Inhalte und Projekte sollten stärker öffentlich erörtert werden. Die Lokale Agenda 21 ist als Trendsetter der gesellschaftlichen Entwicklung zu profilieren. Dafür sind Kapazitäten von staatlicher und kommunaler Seite, aber auch innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Verfügung zu stellen.